

## **DIE AUSSENPOLITIK UNGARNS ZWISCHEN DEN BEIDEN WELTKRIEGEN\***

von  
ISTVÁN DIÓSZEGI

Ungarn nimmt in den Werken, die die diplomatische Geschichte der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen zusammenfassend behandeln, keinen vornehmen Platz ein. Nachschlagewerke deutscher, französischer, oder russischer Sprache dienen dem Leser nur mit spärlichen Berichten über dieses kleine Land Mittel-, oder Osteuropas. In „Histoire der relations internationales“ sind im ganzen fünf Seiten zu finden, auch in „Istoriја diplomatii“ nicht viel mehr; das deutsche Standardwerk „Hauptdaten der Weltgeschichte“ weist bloss darauf hin, dass Ungarn 1920 den Frieden zu Trianon unterschrieb, 1938 und 1940 seine verlorenen Gebiete wiedergewinnen konnte und 1941 sein Kriegseintritt auf Deutschlands Seite erfolgte. Sollte ein Leser nachfragen, welche Gründe für eine so unzulängliche Behandlung vorlägen, so wird er sofort mit der Erläuterung eines berühmten englischen Historikers abgespeist: Ungarn war weder als Freund, noch als Feind keineswegs so bedeutend, dass es einer grösseren Beachtung der Politik und Geschichtsschreibung würdig wäre.

Auf ersten Blick ist es schwer die Berechtigung der stiefmütterlichen Behandlung und der ungünstigen Beurteilung zu bestreiten. Wahrlich, es geschahen in ungarischer Beziehung keine aussenpolitischen Ereignisse grosser Tragweite, die einer Besonderen Aufzeichnung würdig wären. Ungarns Aussenpolitiker sind neben den herrschenden aussenpolitischen Strömungen der Zeit nur Aussenseiter geblieben. Die sich in Expansion und hegemonischen Bestrebungen manifestierende moderne Machtpolitik stand ihnen genau so fern, wie die das Kolonialsystem verneinende Dekolonisierung, und sie fanden auch mit dem Internationalismus, der die zwischenstaatlichen Beziehungen auf neue Grundlagen stellte, nur episodenhafte Berührung. Im Mittelpunkt ihrer Bestrebungen stand der Versuch auf eine Korrigierung der nationalen Grenzen: eine ziemlich anachronistische Erscheinung, die in der Westhälfte Europas schon im 19. Jahrhundert überwunden war. Auch die Behauptung kann nicht bestritten werden, wonach Ungarn in der machtpolitischen Waage gar

\* Manuscript eines Vortrages, den der Vf. im November 1975 in Dortmund, in Veranstaltung der Rheinisch – Westfälischen Auslandesgesellschaft gehalten hat.

wenig wog. Dieses Land war nach 1918 mit seinem Gebiet von 93 000 Quadratkilometer und seiner Bevölkerungszahl von kaum mehr als sieben Millionen der kleinste Staat des Raumes; hinter ihm stand nur Österreich, das noch schwerer geschwächt wurde. Diese waren dermassen ungünstige Gegebenheiten, dass hier andere, vielleicht günstigere Umstände kaum etwas schon kompensieren konnten. Leider stand Ungarn mit den modernen Indizes der Machtpolitik nicht besser, als mit den traditionellen Messziffern. Mit seiner unzeitgemässen Industrie war es an der Weltproduktion nur unbedeutend beteiligt; seine Sozialstruktur, durchwoben von feudalen Überresten, war nur geeignet die vergangenen Jahrhunderte heraufzubeschwören, während seine politische Einrichtung, eine Mischung von Diktatur und Parlamentarismus, an Spanien erinnerte. Dabei war der gewaltige ungarische Nationalismus, dieses unentbehrliche ideologisch-politische Mittel der Aussenpolitik, obwohl hoch entflammt, doch nicht gewachsen, die von den objektiven Gegebenheiten herrührenden Nachteile zu kompensieren.

Verehrte Hörer, Sie können hierauf mit Recht fragen, dass wenn die ungarische Aussenpolitik eine so unzeitgemässe war und Ungarn in der grossen Politik eine so geringe Rolle spielte, kann es überhaupt wert sein Näheres über sie zu wissen? Fürwahr, ich muss in meinem Vortrag diese ganz berechtigte Frage positiv beantworten; vorerst aber, wenn ich einmal ihre Aufmerksamkeit auf einer so unregelmässigen Weise auf mein Thema zu lenken versuchte, gestatten Sie mir in Verteidigung desselben Themas eine Bemerkung vorausszuschicken. Die synthetisierende diplomatische Geschichte, die die Vorkommnisse in Ungarn und in den ähnlichen Kleinstaaten summarisch erledigt, forschet die typischen Tendenzen der aussenpolitischen Aktionen und während sie den Gesichtspunkt der Machtpolitik zu eigen macht, konzentriert auf Machtfaktoren, die sie in internationaler Perspektive nutzbar machen kann. Dies ist eine zweckdienliche Annäherungsweise, jedoch nicht geeignet den eigentlichen Gehalt der Aussenpolitik, das heisst die Geltendmachung der Souveränität über gewissen Gebieten, restlos darzustellen. Die Gesetzmässigkeiten der aussenpolitischen Bewegungen können in ihrer Gesamtheit erst dann zum Vorschein kommen, wenn neben den typischen Erscheinungen auch jene einmal vorkommende, wie auch die spezifischen Züge gehörig in Betracht gezogen werden. Auch die ungarische Aussenpolitik der Zwischenkriegszeit ist wegen ihrer individuellen Züge, die das Gesamtbild bereichern, wegen ihrer Besonderheiten, die einen Beitrag zu den allgemeinen Gesetzmässigkeiten bedeuten, der Aufmerksamkeit wert.

\* \* \*

Der Raum von Mittel- und Osteuropa, das Spielfeld der ungarischen Aussenpolitik, kam nach Anbruch des Nationalismus (im grossen und ganzen vom Anfang des 19. Jahrhunderts) unter die Wirkung der sich dauerhaft geltendmachenden ethnisch-demographischen Gegebenheiten. Am Ost-, beziehungsweise Westrande des Raumes nahman zwei ethni-



sche Einheiten, die sich mit ihren kolossalen Menschenmassen potentiell für einen entscheidenden Einfluss eigneten, ihren Platz ein. Nach den napoleonischen Kriegen, wo das russische Zarenreich zur europäischen Hauptmacht emporkam, sowie Mitte des Jahrhunderts, mit den ersten Anfängen der deutschen Einheit, war dieser Einfluss vom Gesichtspunkt des Raumes aus keine theoretische Möglichkeit mehr, wohl aber eine konkrete Drohung, die sich in Form von Eroberungsplänen konkretisierte. Dabei es lebte in Mittel- und Osteuropa keine Nation, die für sich eine Führerrolle zu beanspruchen und in Besitz von genügenden Mitteln der deutschen oder russischen Drohung allein mit Erfolg entgegenzutreten instande gewesen wäre, – und dies war die zweite demographische Eigentümlichkeit. Die Bevölkerungszahl der mehr als zehn Nationen war auch insgesamt weniger als jene der Deutschen; um von der russischen ganz zu schweigen; es gab kein Volk mit einer Zehnmilliardenzahl, und noch dazu diese Nationen lebten nicht in jedem Fall als zusammenhängende, kompakte Volkskörper, sondern waren oft mit anderen ethnisch vermischt. Ihr ohnehin ziemlich schwaches Potential wurde eher verringert, als gesteigert durch die Tatsache, dass ein jedes Volk auf ein grösseres Gebiet Anspruch erhoben hat, als es in ethnischen Sinne effektiv bevölkert hat.

Aus den eigenartigen ethnischen Verhältnissen, aus dem Übergewicht der benachbarten Aussenmächte und der eigenen inneren Kraftlosigkeit ergab sich in diesem Raume eine gänzlich unregelmässige staatliche Einrichtung der Zeit des Nationalismus. Die hier lebenden Nationen haben vor Furcht äusserer Eroberungen auf die Gestaltung unabhängiger Staaten verzichtet und es erfolgte eine Kenntnisnahme, eine Anerkennung jenes Staatsgebildes, welches die dynastische Eroberung und das aussenpolitische Bedürfnis in diesem Raume schon früher ins Leben gerufen haben, nämlich der Habsburger-Monarchie. Diese Kenntnisnahme und Anerkennung waren freilich durch Interessen bedingt. Über die mit Recht erwartete Garantierung ihrer Sicherheit hinaus waren die einzelnen Völker zugleich bestrebt die Aussenpolitik des Vielvölkerstaates im Einklang mit den eigenen Interessen zu leiten, dabei bestand es eine allgemeine Tendenz zu einer grösstmöglichen Geltendmachung der nationalen Ansprüche im Rahmen der Monarchie. Man kann sagen, dass unter den verschiedenen nationalen Erwartungen, die mit der Existenz der Monarchie verknüpft waren, sind es die ungarischen Ansprüche gewesen, die verhältnismässig im vollsten Masse berücksichtigt wurden. Das zentralistische Habsburgerreich wurde 1867 in einen dualistischen Staat umgewandelt, nunmehr mit zwei Mittelpunkten, wobei Ungarn eine vollkommene innenpolitische Unabhängigkeit erlangte und das historische Ungarland (– das ganze Karpathenbecken –) völlig unter ungarische Regierungsgewalt geriet. Dies bedeutete, dass das Ungarntum über eine Bevölkerung nichtmagyarischer Abstammung, die in ihrer Masse der eigenen Zahl überlegen war, die Oberherrschaft ausüben konnte. Natürlich musste eine starke ungarische Beeinflussung der Aussenpolitik der Monarchie, obwohl durch die ungarische politische Oberschicht

hartnäckig bestrebt, scheitern; immerhin nahm die Monarchie in ihren aussenpolitischen Aktionen auf die ungarischen Interessen jederzeit Rücksicht und geriet mit denselben nie in Konflikt.

Das Vielvölkerreich hatte seine Existenz den eigenartigen ethnischen Verhältnissen des Raumes zu verdanken, es entsprach fürwahr gut denselben, gleichwohl sein Dasein war bei weitem nicht frei von Widersprüchen. Sein ganzes Überleben, seine Lebenstätigkeit waren in gefährlicher Weise mit subjektiven Momenten verknüpft. Letzten Endes konnte es nur so lange eine Stabilität besitzen, bis ihm der österreichische Nationalismus, im Bewusstsein des Gefährdetseins ein entsprechendes Verständnis entgegenbrachte. Eine Änderung in der Beurteilung der äusseren Lage, eine etwaige Bezweifelung des Gefährdetseins konnten die Monarchie in der Wertordnung des Nationalismus leicht abwerten, sogar seine Überflüssigkeit enthüllen. In der Wertordnung der Grossmachtpolitik, wo Österreich-Ungarn für ein wichtiges Element des europäischen Gleichgewichts galt, bedrohte ebenfalls eine Zurückversetzung ähnlicher Art. Es war auch keineswegs förderlich für die Stabilität dieses Staates, dass er die meisten nationalen Bestrebungen schliesslich nicht befriedigen konnte und dass selbst die hauptsächlichen Geniesser der dualistischen Einrichtung, die Österreicher und die Ungarn, eigentlich nicht zufrieden waren. Folglich konnten nicht die hingebungsvollsten Freunde der österreichisch-ungarischen Monarchie glauben, dass der Vielvölkerstaat die letzte Station in der Reihe der Staatsbildungen in diesem Raume bedeuten wird.

Die fällige Neugestaltung erfolgte nach dem Weltkrieg. Der innere Zusammenhalt der Monarchie wurde gelockert, ihre äussere Stütze ging verloren und die Staatsmacht war nach dem militärischen Zusammenbruch nicht mehr in der Lage das mangelnde politische Bindemittel mit der Waffengewalt zu ersetzen. Eine Mitbestimmung in den Veränderungen entlang der Donau seitens der beiden Grossmächte, die auf das Schicksal des Raumes sonst Einfluss hatten, kam nicht in die Rede. Deutschland befand sich in einem Zustand der Ohnmacht gegenüber den Siegermächten der Entente, wohingegen hinter Russland standen die Kriegsniederlage und mehrere Revolutionen, somit hatte es mit den Krankheitszeichen einer drohenden Zersetzung zu kämpfen. Übrigens aber verfolgte der Staat der Oktoberrevolution in der internationalen Politik neue Normen und wies Rücksichten auf die traditionellen Interessensphären zurück. Es ergab sich automatisch aus der Auflösung der Monarchie, sowie aus der Ohnmacht Deutschlands und Russlands, dass in der Neugestaltung jene nationalen Kräfte mit ihrem Willen durchdrangen, die in ihrer Entfaltung durch die vorherige Struktur behindert waren. Das übersteigerte Nationalgefühl, nunmehr seiner Fesseln los geworden, war imstande sich in dieser Situation des politischen Vakuums eine Überlegenheit gegenüber den vorherigen Machthabern verschaffen und noch dazu bekam es die bewaffnete Unterstützung der siegreichen Kleinstaaten, sowie die Genehmigung der Entente, sogar auch die bewaffnete Assistenz anwesender französischer Truppen. Das Endergebnis ist aus den Schulbüchern bekannt.



Zwei historische Staaten: Polen und Tschechoslowakei, erlebten ihre Neugeburt. Rumänien und Serbien kamen aus den Veränderungen zweimal, dreimal so gross, wie vorher, heraus. Aber gleichzeitig mit der Aufzählung der allgemein bekannten geschichtlichen Tatsache müssen wir jene andere Tatsache feststellen, dass mit der Umwandlung von 1918 im Grunde genommen eine Abgrenzung nationalen Charakters vor sich ging. Die wiedergeborenen Staaten, sowie jene, die an Gebiet zunahmen, fassten kompakte ethnische Einheiten binnen ihrer Grenzen und ihr Zustandekommen passte in den geschichtlichen Prozess hinein, der in West-, und Mitteleuropa schon in dem vorherigen Jahrhundert zu seinem Ziel gelangte. Aber die Situation des politischen Vakuums, die für den siegreichen Nationalismus so förderlich war, brachte mit sich, dass die neuen Staaten auch Gebiete mit einer Mischbevölkerung annektierten; es kam sogar aus politisch-strategischen Überlegungen auch zur Einverleibung von ethnisch vollkommen fremden Volkskörpern. Was Ungarn betrifft, 1918 war fast der Zersetzung gleichbedeutend. Es blieben von seinem 324 000 Quadratkilometer Gebiet 93 000 Quadratkilometer, von seinen 20 Millionen Einwohnern 7 Millionen. An der Verlustliste befanden sich mehr als 3 Millionen Ungarn, dabei sind auch die Nationalitäten abhanden gekommen. Von ungarischem Gesichtspunkt aus verkehrte sich die bis dahin bestehende Lage beinahe vollkommen. Das Ungarntum, wieschon erwähnt, herrschte vor 1918 über einer Bevölkerungsmasse von Nationalitäten, die zahlenmässig überlegen war. Jetzt wurde mehr als ein Drittel des Ungarntums ausserhalb der nationalen Grenzen wohnhaft, und diese Leute kamen unter tschechische, rumänische und serbische Oberherrschaft.

Wenn wir diese Neuregelung der Staatsgrenzen mit den früheren Zuständen vergleichen, kann man im grossen und ganzen den Eindruck haben, dass sie sowohl den inneren ethnischen Gegebenheiten, als auch den allgemeinen mitteleuropäischen Zuständen besser entsprach. Zwar entstanden in Mittel- und Osteuropa keine rein nationale Staaten, doch stellte die staatsbildende Nation überall die überlegende Mehrheit der Bevölkerung dar. Die Staatsgründung dieser Nationen, da sie am Leben bleiben wollten, beruhte weder auf einem vorübergehenden Gefühl angeblicher innerer Bedürfnisse, noch auf ephemeren Überlegungen in Zusammenhang mit gewissen grossen Machtkombinationen, sondern auf der distinktiven und verschmelzenden Kraft der ethnischen Gemeinschaft, — auf einem Faktor, der den Staaten der Gegenwart nach den bisherigen Erfahrungen die grösste Vitalität verliehen hat. Doch war nicht eine solche mit dem Zeitgeist besser vereinbare Regelung geeignet alle der aus den ethnisch-demographischen Gegebenheiten resultierenden Widersprüche aufzulösen. Eine der Unzulänglichkeiten der Regelung zeigte sich in der Bestimmung der neuen Grenzen. Zwar entsprachen die Nachkriegsgrenzen den ethnischen Erfordernissen besser, doch sie zogen sich durch Gebiete mit einer Mischbevölkerung, sonach war für ihre Gestaltung die Tatsache bezeichnend, dass sie viele berechnigte nationale Interessen ignorierten. Es bestand wegen der bestreitbaren Grenzen die Möglich-

keit, dass sich die beteiligten Parteien miteinander in endlose Streitigkeiten verwickeln werden und der Raum in eine Zone permanenter nationaler Spannungen verwandelt wird. Es war eine noch grössere Unzulänglichkeit, dass die Neuregelung die traditionell gefährliche Lage des Raumes gänzlich ausser acht liess und dabei auf einer ziemlich unvernünftigen Weise mit der Zurückdrängung der Grossmächte, also einem vorübergehenden Zustand, als mit einer endgültigen Tatsache rechnete. Die Kleinstaaterei war mit der Gefahr verbunden, dass sich die betroffenen Länder gegenüber den eventuell wiederauflebenden Grossmächten vereinzelt zu schwach erweisen werden. In solcher Weise waren, durch die gegebene Lage bedingt, die Euphorie der Selbstständigkeit und die Lethargie über die Erkenntnis, dass sie presigegeben sind, gleichzeitig vorhanden. Es war nicht im entferntesten sicher, dass die hochgepriesene vollkommene Unabhängigkeit mehr wert sein wird, als die einstige beschränkte Souveränität.

\* \* \*

Die neue Nachkriegsordnung stellte, insbesondere was den behandelten Raum betrifft, in ihrer vorgeschilderten Form in den ersten Jahren nach der Niederlage der Zentralmächte noch keinen Zustand, wohl aber nur einen Prozess dar; die Nachkriegswelt befand sich vorläufig eher in der Phase der Gestaltung, von einer endgültigen Stabilität war noch keine Rede. Die getroffenen Veränderungen wurden zwar in den Friedensverträgen teilweise mit dem Stempel des Völkerrechtes versehen, aber die Sieger wollten ihre Gewinne auf Kosten des besiegten Feindes, nicht minder aber auch durch die Beeinträchtigung von einander, weiter vermehren, während die Besiegten, wo es ihnen noch möglich war, die vertragsmässigen Verordnungen sabotierten. Gleichzeitig wollte der Internationalismus nichts von Staatsgrenzen wissen, wodurch die allgemeine Unsicherheit noch gesteigert wurde. Ziel des Internationalismus war vor Augen der Menschheit, die das Gezänke der einzelnen Nationen schon satt bekam, die Perspektiven der Weltrevolution aufzuschliessen. In dieser unsicheren Periode der mangelnden Stabilität hatte auch Ungarn Gelegenheit sich gegen die ungünstige Gestaltung der Geschehnisse zu wenden.

Am Vorabend des Zusammenbruchs, dann am Anfang der vollständigen Auflösung hatte die ungarische Politik zwei Schritte, die in der konventionellen Aussenpolitik als Kuriositäten gelten. Einer dieser Schritte war die Abbrechung der staatsrechtlichen Beziehungen mit der Habsburger-Monarchie. Die ungarische Regierung reduzierte, als der letzte Habsburger in seiner Verzweiflung den Föderalismus proklamierte, als Antwort darauf die Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn auf die einfache Personalunion, später aber stellte die vollkommene Wiederherstellung der staatlichen Unabhängigkeit als ihr Programm auf. Ende Oktober 1918 kam die sonderbare Lage vor, dass Ungarn, ein bisheriger Nutzniesser der dualistischen Einrichtung, mit den zurückgesetzten Nationen der Habsburger-Monarchie zur gleichen Zeit unabhängig wurde.



Die eilige Entscheidung wurde von einer Überlegung inspiriert, wonach Ungarn auf dieser Weise Österreichs Schicksal vermeiden und seine territoriale Integrität bewahren könne. Der andre Schritt der ungarischer Politiker war ein Versuch, indem sie einen neuen Kurs für die Aussenpolitik des unabhängigen Ungarns einschlagen wollten. Die Unabhängigkeitserklärung war mit der Entthronung der Habsburger und der Zurückdrängung aller Vertreter der alten halbfeudalen Ordnung verbunden. Die Regierung der bürgerlichen Revolution suchte die Freundschaft von England, Frankreich und den Vereinigten Staaten, den gewesenen Gegnern, und setzte die ungarische territoriale Integrität – metaphorisch gemeint – unter den Schutz der Entente.

Der erstere Schritt ist einer längeren Würdigung kaum wert. Diese eilige Unabhängigkeitserklärung war, wenn man es recht bedenkt, keine aussenpolitische Geste; es war eine Sinnestäuschung des nationalen Bewusstseins in seinem Fieberanfall. Dieses gestörte Bewusstsein täuschte sich eine Alternative vor, wo es eine solche in der Wirklichkeit nicht gab. Die für ihre ethnischen Rechte eintretenden Nationalitäten hatten für die ungarische Integrität nicht mehr übrig, als für das Staatstum der Habsburger. Mit einem solchen separaten Ausbruchversuch wurden die Chancen der Verteidigung der ungarischen Interessen nicht besser. Andererseits hatte die ungarische Neuorientierung in der internationalen Politik die selben Wurzeln, wie die eilige Verselbständigung; sie stellte jedoch eine regelmässige aussenpolitische Manifestation dar und bezweckte die Verschaffung der Unterstützung von Aussenmächten in einer Situation, wo die inneren Kräfte eben nicht ausreichend waren. Eine Possibilität des Schrittes war umso mehr gegeben, weil sich diese politische Linie mit dem Namen jenes Michael Károlyi verknüpfte, der schon während des Krieges ein Verfechter der Entente-Orientierung war. Doch eine äussere Hilfe kann nur durch eine Übereinstimmung von Interessen erwirkt werden, Selbstlosigkeit spielt diesfalls keine Rolle. Károlyi hatte bloss Argumente und dabei keine Trümpfe in der Hand. Seine Argumente lauteten: die feierliche Entente-Gewährleistung für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker, die Respektierung der Rechte der Nationalitäten durch das neue Ungarn, sowie eine Annahme, wonach der Westen die ungarische Demokratie der Autokratie der Nachfolgestaaten vorziehen wird. Es waren lauter Argumente, bar jeder denkbaren aussenpolitischen Wirksamkeit. Demgegenüber hatten die Nachfolgestaaten mit ihren Prätionen gute Chancen auf Erfolg; ihre Kräfte waren übrigens jenen ungarischen überlegen und sie hatten die wahren Stichblätter der Machtpolitik im Kampfe der Interessen in der Hand. Es standen auf ihrer Seite die Tatsachen fest, dass die Entente das Habsburgerreich, als einen deutschen Verbündeten, schon während des Krieges zur Zerstückelung verurteilte (es bestand eine Verpflichtung der Ententemächte in diesem Sinne durch ihre Verträge mit den Emigrantenregierungen), sowie dass sich die neuen Staaten, von dem Gesichtspunkt der Westmächte aus, als ein verlässliches Bollwerk gegen eine etwaige östliche deutsche Expansion erweisen konnten. Dem unabhängigen Ungarn – selbst nicht seiner

Integrität — hat niemand im Westen zugemutet, dass es die stabilisierende Rolle der einstigen Monarchie weiterspielen, oder jenes feste Bollwerk bilden könnte, wofür die neuen Staaten ausersehen waren. Die Entente-Politiker beabsichtigten nicht im geringsten die von Nord, Ost und Süd nach Budapest marschierenden Divisionen aufzuhalten. Die unabhängige ungarische Aussenpolitik, die die ethnisch-ideologischen Momente mit den tatsächlichen Beweggründen der Machtpolitik verwechselte, hat sein Irrtum mit bitterer Enttäuschung und natürlich mit schwerem Positionsverlust bezahlt.

In der unsicheren Periode der Umwandlungen hat Ungarn auch einen Schritt gemacht, den bis dahin keiner der Besiegten wagte: es war der Versuch eines bewaffneten Widerstandes. Im März 1919 folgte dem bürgerlichen Kabinett, nach dessen unbestreitbarem Versagen in der Aussenpolitik, die Räteregierung in der Macht; diese, anstatt zu argumentieren und zu flehen, antwortete aus der Position der Stärke auf die masslosen Gebietsbesetzungen durch die Nachbarn. Bei den damaligen Kräfteverhältnissen schienen wenige Chancen für diese tapfere revolutionäre Aktion zu bestehen, doch müssen wir sagen, dass das heldenhafte Unternehmen der ungarischen Arbeiterklasse nicht schon im voraus zum Scheitern verurteilt war. Die revolutionäre Reorganisation hat auch in anderen Fällen die Kräfte eines kriegführenden Landes ausserordentlich gesteigert (es wird genügen auf das französische 1793 und das ungarische 1848 hinzuweisen) und die Verwirklichung der Ideen des Sozialismus hat das ganze Hinterland auch in Ungarn zur Unterstützung der Front mobilisiert. Die internationalen Perspektiven der Revolution schienen günstig zu sein. Die ungarische Diktatur des Proletariats bedeutete die erste Etappe auf dem Weg der Revolution, die in Petersburg begann; bald darauf folgte München und es sah so aus, dass die seit November glühende Revolutionsglut auch in Wien und Berlin in kurzem auflodern wird. Die ungarische Räterepublik hat auch nach Standards der traditionellen Aussenpolitik einen mächtigen Verbündeten gefunden. Das Zusammenwirken zwischen dem Ungarn der Räte und Sowjet-Russland beruhte nicht nur auf einer Ideengemeinschaft, sondern auch auf gemeinsamen aussenpolitischen Interessen, insofern Rumänien den beiden gegenüber mit Forderungen auftrat und das ungarische Siebenbürgen und das russische Bessarabien einverleibte. Die Räterepublik bot schliesslich den Nachbarn einen annehmbaren *modus vivendi* an: sie verzichtete auf die territoriale Integrität, erkannte das Selbstbestimmungsrecht der Nationen an und bestrebte die Schaffung von gerechten ethnischen Grenzen.

Das Unternehmen wurde durch die Anfangserfolge glänzend gerechtfertigt. Die in Eile organisierte ungarische Rote Armee hat den Vordrang der Rumänen zum Stehen gebracht, die Tschechen geschlagen und eine hilfreiche Hand bei der Proklamierung der Slowakischen Räterepublik geboten. Die Pariser Friedenskonferenz, die die Vertreter der bürgerlichen Regierung nicht in das Vorzimmer hineinliess, hat die Räterepublik als verhandelnde Partei anerkannt. Es erfolgte eine Fühlungnahme mit Béla Kun, dem Volkskommissar des Äusseren der Räterepublik.



Die Erfolge ergaben sich alle aus eigener Kraft. Konsolidation und Endsieg waren im fernerer jedenfalls durch eine Aussenhilfe bedingt, — aber diese Hilfe liess auf sich warten. Es kam dieselbe Lage vor, wie vor 70 Jahren: zwischen der ungarischen und deutschen Entwicklung zeigte sich von neuem eine Phasendifferenz, wo doch ohne die deutsche Proletarrevolution der Brückenkopf an der Donau auf die Dauer unhaltbar war. Es ist schon einmal die Lehre von 1848 gewesen, dass sich Berlin nicht nach Pesth, aber nicht einmal nach Wien richtet; in jenes Deutschland, das die eigenen Gesetze befolgte, konnte die Revolution nicht importiert werden. Auch die Militärhilfe von Sowjet-Russland blieb aus und die Fühlungnahme der bewaffneten Kräfte der beiden sozialistischen Staaten konnte einstweilen nicht zustandekommen. Die versöhnliche Haltung der Räteregierung blieb in der nationalistisch gesinnten Umwelt ohne Erwiderung. Die Wut und der Appetit der Nachbarn war daurch nicht gemässigt, dass man in Budapest mit der unzeitgemässen Idee der ungarischen Integrität gebrochen hat. Eine ungünstige Gestaltung unserer Geschehnisse hätte den Sturz noch nicht herbeigeführt, wenn die Räterepublik genug Zeit und Raum zur Verfügung gehabt hätte. Aber auf dieser Handbreit Land gab es keinen Platz zum Lavieren und nach der ersten grösseren Niederlage standen die Rumänen schon vor Budapest. So war das Resultat des Revolutionskrieges dasselbe, wie das der Diplomatie mit ihren Bücklingen. Die Räterepublik hat dennoch eine aussenpolitische Erbschaft hinterlassen, die ihre Wirkung auch in späteren Jahren merken liess.

\* \* \*

Die Unsicherheit der Nachkriegszeit hielt nach dem Sturz der Räterepublik in Europa und in der ganzen Welt noch mehrere Jahre an. Die grossen Sieger und die gewinn gierigen Kleinmächte wollten ihre masslosen territorialen Ansprüche mit unveränderter Energie geltend machen. Es marschierten fremde Truppen in Deutschland und Mittel-Amerika; das Baltikum Bessarabien und die Türkei waren von Waffenge töse laut. Es kam zu wiederholten Kriegsdrohungen im Fernen Osten und in dem pazifischen Raum. Auch der Internationalismus setzte seine Aktivität fort, jedenfalls von der Grundlage der völligen Verneinung jedes Systems von Nationalstaaten aus. Der Versuch das Baltium in Aufruhr zu bringen, der sowjetisch-polnische Krieg, der deutsche Aufstand von 1923, nicht minder aber die den antikolonialen Bewegungen geleistete Hilfe, — dies alles liess erkennen, dass die internationale Arbeiterbewegung die Perspektiven der Weltrevolution nicht aufgegeben hat. Dennoch alle Erfahrungen zeigten, dass die Nachkriegswelt eine grössere Stabilität besitzte, als es ihre so aktiven Kritiker annahmen. Die Expansionspolitik der einzelnen Nationen scheiterte an dem Widerstand der Rivalen und an dem Protest der Berührten, während der Schwung des Internationalismus an den Hindernissen, auf die er in den einzelnen Ländern stiess, ins Stocken geriet. Aus den ungünstigen Erfahrungen der Jahre der mangelnden Stabilität haben die initiatorischen Kräfte die Lehre gezogen. Es vermehrten

sich in der europäischen Politik von Mitte 1924 die Anzeichen, die schon auf die Wiederherstellung der Ruhe und auf die annähernde Konsolidation hindeuteten. Die Besiegten, die bisher unter Zweifel und Hoffnung den Wogenschlägen der internationalen Politik zusahen, konnten sich nun ans Werk machen für eine voraussichtlich dauerhafte Epoche der europäischen Konsolidation eine geeignete aussenpolitische Linie für sich auszuarbeiten.

Im Betragen der Völker nach verlorenen Kriegen können wir nach geschichtlichen Erfahrungen gewisse gemeinsame Züge entdecken, die sich in typischer Weise auch in der Haltung der Besiegten des Weltkrieges bemerklich machten. Es gab drei Formen für diese Haltung. Die erste Form, die völlige Einwilligung, stellt das Benehmen der Türkei dar. Die Türkei des Atatürk Kemal korrigierte zuerst die Folgen des Krieges, doch nach dem endgültigen Friedensschluss forderte weder die einstigen Balkanprovinzen des Osmanenreiches, noch dessen arabische Provinzen zurück. Die vorübergehende Kenntnissnahme, diese nach verlorenen Kriegen am häufigsten vorkommende Haltung, war für Deutschland bezeichnend. Es war in dem aufgeregten, beleidigten und ins Elend gestürzten Land nicht leicht ein solches Betragen von innen her annehmen lassen, wo die nüchterne Mässigkeit und die Anklage wegen Hochverrat einander so nahe standen. Aber die Weimarer Koalitionsparteien haben es verstanden, dass Deutschland in der gegebenen Situation mit seiner Nachgiebigkeit an Prestige verliert, andererseits aber an Position reichlich gewinnt. Die dritte mögliche Haltung, die vollkommene Ablehnung, war der ungarischen Aussenpolitik der Zwanziger Jahre eigen.

Wir könnten mehrere Beweggründe finden, warum Ungarn weder dem türkischen, noch den deutschen Beispiel gefolgt hat. Die endgültige Kenntnissnahme war innenpolitisch eine Unmöglichkeit. Es sind nicht nur ethnisch fremde Volkskörper abhanden gekommen, sondern auch zusammenhängende, von Ungarn bewohnte Gebiete. In der Geschichte war noch kein Beispiel dafür, dass sich ein Land über eine so schwere ethnische Verstümmelung sofort hinwegsetzt hätte. Der deutsche Weg, die vorläufige und nicht ganz aufrichtige Einwilligung, war aussenpolitisch unzweckmässig, eine Gegenseitigkeit der möglichen Vorteile war nämlich nicht vorhanden. Für eine Garantierung der Grenzen von Trianon konnte Ungarn mit keinen Zugeständnissen rechnen und die Nachbarn hielten eine Annäherung nicht für nötig, denn ein drohender ungarischer Aufstieg schien ihnen ganz unwahrscheinlich zu sein (in französisch-deutscher Beziehung war dies nie der Fall, die Franzosen erachteten Deutschland auch als besiegte Macht zweimal so stark, wie sich selbst). Für Ungarn war schliesslich noch eine Form des Benehmens gegeben: die partielle, aber aufrichtige Versöhnung (dies hat schon die Räteregierung versucht). Diese wäre ein Zwangsausgleich gewesen: bekennen, dass die Auflösung jenes Vielvölkerlandes Ungarn ein Geheiss der Geschichte war, — jedoch unter dem Vorbehalt, dass die Neuregelung den ethnischen Erfordernissen nicht entspreche. Aber die ungarischen Politiker der Zwanziger Jahre haben diesen Weg nicht eingeschlagen. Ihre



Entscheidung lautete: völlige Ablehnung: Ihre ganze Aussenpolitik drückte die Lösung: „Nie, nie, niemals!“ aus und die Wiederherstellung des historischen Ungarlandes bestand unerschütterlich als Endziel derselben Politik.

Vielleicht sollte für diese unverständige Politik ohne jede Einsicht doch sprechen, dass damals in der Aussenpolitik die Historisierung eine Mode war; auch anderswo sprach man von geschichtlichen Grenzen, wie es die Polen und die Griechen taten. Man könnte erwähnen, dass das ganze öffentliche Leben in Ungarn in dem Ideenkreis der territorialen Integrität geführt wurde und die Regierung die mit dem Trianoner Vertrag verursachte Erschütterung der Nation keineswegs ignorieren konnte. Jedenfalls war aber die jetzt geschilderte amtliche Politik ein Fehlgang; es wäre doch besser gewesen die von der Propaganda verleitete öffentliche Meinung über den richtigen Stand der Dinge einigermaßen zu unterrichten. Es gibt also für die amtliche ungarische Politik keine Entschuldigung, höchstens nur eine Erklärung, aber selbst diese kommt eher einer Verurteilung gleich. Nämlich war die Losung „Alles zurück!“ kein aussenpolitisches Programm, sondern in erster Reihe eine schlechtgläubige innenpolitische Manipulation. Das Regime der Gegenrevolution, das im August 1919 der Räteregierung nach deren Sturz durch rumänische Waffen folgte, wollte und konnte den vielen Übeln der ungarischen Gesellschaft nicht abhelfen. Irgendwie musste man die Spannung, die schon zweimal zur Explosion führte und durch die Restauration und den politischen Terror noch gesteigert wurde, doch ableiten. Es lag an der Hand die Verstümmelung Ungarns als Grund aller alter und neuer Übel hinzustellen und zu proklamieren, dass eine wahrhaftige Änderung erst durch die Wiederherstellung der tausendjährigen Grenzen zu erwarten sei. Die Manipulierung mit der totalen territorialen Revision schien für die innere Konsolidierung nützlich zu sein. Doch es nützte der Aussenpolitik noch nie eine Anpassung ihrer Ziele und Methoden zu den Anforderungen der Innenpolitik. Es bestand wenig Wahrscheinlichkeit, dass die ungarische Praxis der degradierten Aussenpolitik diese Jahrhunderte alte Regel Lügen strafen wird.

Schliesslich ist jedes aussenpolitische Programm so viel wert, wieviel davon realisierbar ist. Ungarn hatte — mit Ausnahme von Österreich — territoriale Ansprüche allen seiner Nachbarn gegenüber. Diese Nachbarn, deren Gebiete Zielpunkte ungarischer Bestrebungen waren, befanden sich damals in schwieriger Lage. Mit den Sorgen der Neugestaltung und der Gebietsgewinne ist keiner von ihnen leicht fertig geworden. Die Tschechoslowakei kämpfte mit dem Nationalitätenproblem, für Rumänien bedeuteten Armut und Korruption immer neuere Rückfälle, Jugoslawien konnte die südslawischen Völker verschiedener Religion und Kultur nur mit Mühe und Not verschmelzen. Obendrein alle drei Länder hatten Grenzstreite nicht nur mit Ungarn, sondern auch mit anderen Nachbarländern. In dieser Situation war ein ungarisches Vorgehen aus eigener Kraft gegen einen der Nachbarn nicht im voraus aussichtslos. Trotzdem hat die ungarische Aussenpolitik mit ihrem Programm der

völligen territorialen Revision die Gegner vereint, anstatt sie zu teilen. Die drei berührten Staaten, die Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien, haben einen Pakt miteinander geschlossen, der auf den Fall der Verletzung des Trianoner Vertrages mit den Waffen drohte. Die so entstandene Kleine Entente (der Pakt führte diesen Namen) vertrat eine Menschenmasse von 40 Millionen Leute und hatte die Unterstützung Frankreichs, der damals stärksten militärischen Macht Europas, hinter sich. Das aussenpolitische Programm des Reichsverweser Miklós Horthy mit einer bewaffneten Abrechnung mit Rumänien binnen zwei Jahren, war gänzlich unreal.

Nach diesem festen Zusammenschluss der Kleinen Entente ist ungarischerseits der Gedanke der Zweckmässigkeit einer Übereinkunft mindestens mit einem dieser drei Länder aufgeworfen worden. Dieser Nachbar konnte nur Jugoslawien sein, auf dessen Gebieten nur eine halbe Million starke, relativ kleine ungarische Minderheit lebte. Wie bekannt, das abgetrennte Kroatien war geschichtlich immer nur eine autonome Provinz der ungarischen Krone, nicht aber ein organischer Bestandteil derselben. Doch dem ersten schüchternen ungarischen Schritt folgte gleich ein Rücktritt. Jugoslawien hielt auf der Seite seiner Verbündeten fest aus. Man musste einsehen, dass zu einer totalen territorialen Revision reichen die eigenen Kräfte nicht aus und zu einer radikalen Wendung die Hilfe irgendeiner Grossmacht nötig ist. Zuerst hegte man die Hoffnung, dass diese Hilfe von England kommen wird. England war nämlich die Grossmacht, die sich an der Konsolidierung des Horthy-Regimes auch bisher aktiv beteiligt hat. Fürwahr, das Inselland war von dem settlement durch die Verträge der Pariser Vororte nicht entzückt; die französische Vormachtstellung in Mittel- und Osteuropa, sowie die Zerrüttung der organischen Wirtschaftsbeziehungen begegneten der Missbilligung der Briten. Auch die Tatsache war in Budapest bekannt, dass das Ungarn der Gegenrevolution in London als eines der wichtigsten Bollwerke gegen den Bolschewismus in Evidenz gehalten wird. Dies alles war aber noch immer zu wenig, damit England irgendwelchen Ungarnzentrischen Kurs einschlage und dem ungarischen Irredentismus zur Seite stehe. Die naive ungarische Drohung, dass Ungarn in Ermangelung der britischen Hilfe bei Deutschland Unterstützung suchen wird, war zu einer Kursänderung in London zu schwach. Am Themseufer, wo man auf die Sympathien von Budapest wenig Gewicht legte, war man darüber im klaren, dass die Erpressung mit Deutschland ein dreister Bluff ist. Potentiell war Deutschland wirklich der bedeutendste Verbündete Ungarns, aber die Zielsetzungen des ungarischen Irredentismus trafen sich auf keinem Punkt mit den Vorstellungen der deutschen Erfüllungspolitik. Für die Weimarer Republik, die damals einen deutsch-französischen *modus vivendi* erstrebte, war ein Verbündeter, der ohne Unterlass eine sofortige Revision grossen Ausmasses reklamierte, nicht brauchbar. Mehrere Ansuchen der ungarischen Regierung zu einer gemeinsamen Aktion blieben in Berlin einfach ohne Antwort. Für das Ungarn der Zwanziger Jahre gab es noch einen wahren Verbündeten: die Sowjetunion. Mit dieser Macht war



infolge der gemeinsamen Interessen gegen Rumänien die Möglichkeit des Zusammenwirkens ohne weiteres gegeben, umso mehr, da die traditionelle Politik eben zu dieser Zeit in Moskau ihre alte Stellung zurückzuhalten begann, sonach nahm der Sowjetstaat die diplomatischen Beziehungen mit den europäischen Ländern nacheinander auf. Jetzt zeigte sich aber zum erstenmal, wie nachteilig die innenpolitische Einrichtung auf die aussenpolitische Bewegungsfreiheit auswirken kann. In Ungarn befürchtete man nach dem Sturz der Diktatur des Proletariats in jeder geringsten Fühlungnahme mit der Sowjetunion sofort die Gefahr des kommunistischen Spukgeistes. So kam es zu keinem Zusammenwirken gegen Rumänien, aber nicht einmal zu der Aufnahme der formellen diplomatischen Beziehungen, — und daran war allein die ungarische Unverständigkeit schuldig. Schliesslich fand die ungarische Revisionspolitik bei Italien Unterstützung. Italien gehörte zu den Siegerstaaten, war aber mit dem settlement durch die Verträge der Pariser Vororte nicht zufrieden. Mit dieser Macht schloss Ungarn 1927 einen Vertrag, der eine enge politische Zusammenarbeit in Aussicht stellte. Der Vertrag wurde in Ungarn hoch eingeschätzt, gleichzeitig von Stephan Bethlen, dem bedeutendsten Politiker der Zeit, als die Ouvertüre der aktiven ungarischen Aussenpolitik der Öffentlichkeit vorgestellt. In der Tat hat es hier um einen sehr ärmlichen Erfolg gehandelt, und selbst dieser war äusserst relativ. Zwar trat Ungarn aus seiner Isoliertheit durch Trianon heraus, doch der Ertrag der ungarisch-italienischen Freundschaft reichte zu einer radikalen Änderung nicht aus. Gemeinsame Interessen gab es nur mit Jugoslawien und in dieser Richtung hielten auch die Leiter der ungarischen Aussenpolitik einen Ausgleich möglich. In rumänischer Beziehung dagegen lagen nicht im geringsten gemeinsame Interessen vor; auch die italienische Aussenpolitik war eher Bukarest als Budapest zugeneigt. Übrigens stellte Italien keine Grossmacht dar, die in dem Donaubecken als Schiedsrichter auftreten könnte.

In der gegebenen Machtkonstellation, während sich Europa nunmehr in der Phase der Konsolidierung befand, hätten nicht auf eine mässigere und nüchternere Aussenpolitik Ungarns grössere Erfolge geharrt. Es gibt äusserst komplizierte Lagen und unlösbare geschichtliche Situationen. Die Erfolglosigkeit, mit der die selbstständige ungarische Aussenpolitik ihre ersten zehn Jahre schliessen musste, war noch nicht das Schlimmste. Es war das grössere Übel, dass sie mit ihrer Unfähigkeit zu Veränderungen, aber auch zu einer Beruhigung, keinen Ausweg für die Zukunft fand, es stand ihr sozusagen eher nur eine Sackgasse offen. Das kranke Bewusstsein der Nation — an dem Ideenkreis der Integrität erkrankt — hätte in zehn Jahren einigermaßen geheilt worden. Aber die politische Führung zog dem Fiebermittel das Rauschgift der Revision vor und die öffentliche Meinung geriet von masslosen Dosen förmlich in Deliriumzustand. Das Regime der Gegenrevolution hat mit diesen unredlichen Manipulationen auch die eventuellen inneren Basen einer etwaigen nüchterneren und vorsichtigeren Aussenpolitik selbst zerrüttet. Ungarn und seine Nachbarländer waren seit 1918 durch einen tiefen Ab-

grund getrennt. Wie es schien, man hat auf beiden Seiten des Abgrundes vergessen, dass das Schicksal der Völker dieses Gebietes immer gemeinsam war, dass ihre Interessen in gewisser Hinsicht durchaus übereinstimmten. Indes, in der Zelle des Gefängnisses zu Lansberg war schon das Machwerk fertig, das den Nationen des Raumes — Siegern und Besiegten in gleicher Weise — dasselbe Schicksal bestimmte. In zehn Jahren konnte der trennende Abgrund nicht verschüttet werden, doch die Möglichkeit des Brückenschlagens, eben wegen der gemeinsamen Interessen, stand auf beiden Seiten offen, — und wurde verpasst. Die ungarische Aussenpolitik mit ihrem Wahnbild der totalen Revision war nur geeignet den Abgrund zu vertiefen und die Chancen einer etwaigen gemeinsamen Abwehr zu schwächen.

\* \* \*

Im zweiten Jahrzehnt nach dem Weltkrieg war die Ruhepause der Zwanziger Jahre zu Ende. Die Sieger, die bis dahin die Weltpolitik gestalteten, gaben die Initiative, die nach und nach die Besiegten übernahmen, aus der Hand. Unter den Prätendenten befand sich das besiegte, aber nicht gebrochene Deutschland, neben ihm Italien, dessen Hoffnungen nach dem Sieg unerfüllt blieben, sowie Japan mit seinem vielversprechenden Möglichkeiten. Die Ambitionen waren überall von grossangelegter Planung und herausforderndem Säbelgerassel begleitet. In der Mandschurei, ebenso in Abessinien, erdröhnten auch die ersten Kannonenschüsse. Deutschland hat einstweilen nur das Pulver trocken gehalten, aber setzte ein äusserst zielbewusstes aussenpolitisches Programm durch. Seit Jänner 1933 bedeutete für die grösste Macht des Kontinents der Mein Kampf die Marschroute. Das Hitler-Regime bereitete sich zu dem einseitigen Ausserkraftsetzen des Vertrages von Versailles, zur Errichtung der Gemeinschaft der Deutschrassigen und schliesslich zur Schaffung der unbeschränkten deutschen Vorherrschaft auf dem europäischen Festlande vor.

Die Aktivierung Deutschlands hat auf dem ganzen Kontinent eine neue Situation geschaffen. Auch in Mittel-Südeuropa hörte der seit 1918 dauernde eigentümliche Zustand auf und der Wille der Grossmacht, die für das Schicksal des Raumes bestimmend war, fing an sich von neuem durchzusetzen. Die deutsche Erage wurde von neuem zur Grundfrage der Aussenpolitik und alle Länder mussten der drohenden deutschen Grossmachtstellung Rechnung tragen. Die einzelnen Staaten haben diese Frage auf verschiedener Art beantwortet. Die Meinungen gingen auch binnen diesen Ländern auseinander, es machten sich verschiedene Tendenzen bemerkbar, man suchte fieberhaft Lösungen.

Vom Gesichtspunkt des ungarischen gegenrevolutionären Regimes und des Irredentismus aus schien die deutsche Aktivierung auf ersten Blick günstig zu sein. Nun wurde die Kopplung des stockengebliebenen Wagens der Revision mit dem starken deutschen Panzerfahrzeug möglich; aber wenn man Deutschlands aussenpolitisches Programm prüft, so wird es klar sein, dass die Interessen in Einklang zu bringen keineswegs eine



selbstverständliche Sache war. Man konnte vermuten, dass das Endspiel für Ungarn doch mehr Risiko, als Vorteile eventueller Gewinne involvieren wird. Das Ausserkraftsetzen des Vertrages von Versailles lies Ungarn unmittelbar keine Gewinne zuteil werden. Die Besetzung des Rheinlandes und die Einführung der Wehrpflicht waren vielleicht günstige Präzedenzfälle, auf die man sich berufen konnte, doch die Trianoner Grenzen blieben nach wie vor unverändert. Die Schaffung der deutschen ethnischen Einheit war für die ungarischen Interessen gleichzeitig vorteilhaft und nachteilig. Die deutschen Forderungen an die Tschechoslowakei involvierten nur Vorteile, dieses Land war doch auf dem Fahrplan der ungarischen Revision immer bevorzugt. Der Plan des Anschlusses konnte schon nicht freudig aufgenommen werden, weil die unmittelbare Nähe der Grossmacht Deutschland nichts Gutes verhies. Sonst bedeuteten die Zielsetzungen der deutschen Rassengemeinschaft keinerlei Hilfe gegen Rumänien und Jugoslawien, dabei war eine betonte Argumentation ethnischen Charakters auch geeignet die historisch eingestellte ungarische Beweisführung in Misskredit zu bringen. Die Lebensraumtheorie erregte eher Besorgnisse, als Begeisterung. Die Einverleibung der Tschechoslowakei, Hitlers Anfangsschritt, gab Horthy noch Gelegenheit von der Auflösung der Republik durch die Inbesitznahme der Slowakei, sowie Karpatho-Rutheniens zu profitieren. Aber Polens geplante Invasion begegnete schon der ungarischen Missbilligung, waren doch beide Länder durch alte historische Freundschaft miteinander verknüpft. Man konnte sicher damit rechnen, dass die Realisierung des deutschen Lebensraumprogrammes zum Weltkrieg führen wird, in dem Ungarn schwerlich ein Aussenstehender verbleiben wird. Man musste sich die Frage stellen, welchen Ausgang ein Krieg auf Deutschlands Seite für Horthy-Ungarn haben kann? Die Eventualitäten liessen sich damals in Weltdimensionen noch nicht errechnen; auf die erwähnte entscheidende Frage gab es also keine befriedigende Antwort. Im Falle eines deutschen Erfolges konnte für die weitere Revision eine gewisse Hoffnung bestehen, doch die Aussichten auf die Erlangung historischen Gross-Ungarns waren selbst in diesem Falle ganz düster. Hitler hatte die Slowaken und die Kroaten nicht weniger lieb, als die Ungarn, während Rumänien in der jeweiligen deutschen Aussenpolitik traditionell bevorzugt wurde. Dem altmodischen und konservativ-autoritären Regime Ungarns wurde auch der deutsche Rechtsradikalismus zuwider und auch sonst war es ganz unsicher, ob in dem deutschen Lebensraum, wo Hitler nur mit Sklavenvölkern rechnete, irgendwelche Form der ungarischen Souveränität überleben könne. Doch war die Wahrscheinlichkeit einer deutschen Kriegsniederlage die grössere, da das Lebensraumprogramm einen Konflikt mit England, Frankreich, den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion gleichzeitig entfesseln musste und Deutschland in diesem Kampfe der Macht dieser Feinde einmal schon unterlag. In einem solchen Falle musste Ungarn seine Gebietsgewinne, die es auf Deutschlands Seite erreichte, ohne Zweifel verlieren. Diese Einbusse war unvermeidbar und es war eine Detailfrage, ob die Westmächte den Frieden diktieren werden, oder die Situation des poli-

tischen Vakuums, wie nach dem ersten Weltkrieg, eintreten wird, oder aber die Niederlage Deutschland in erster Reihe durch den Sieg der Sowjetunion beigebracht werden wird. In diesem letzteren Falle musste auch das Schicksal des gegenrevolutionären Regimes besiegelt werden.

Damals zeichneten sich die Eroberungspläne, die zu erwartenden Reaktionen und die Alternativen freilich vor niemandem mit deutlichen Konturen ab und auch das Tableau der internationalen Politik war bei weitem nicht so übersichtlich, wie es heute dem Geschichtsschreiber im Kenntnis der Geschehenen vorkommt. Es wird genügen nur darauf hinzuweisen, dass sich auch die wahrhaft sachkundige englische Aussenpolitik im Irrtum befand, nahm nämlich an, dass Hitler sich mit der ethnischen Einheit begnügen wird, — und entdeckte nur zu spät, als die Tiger schon auf den Strassen von Prag rasselten, dass es um die deutsche Welt-herrschaft gehe. Aber die wahren Charakterzüge des Nazismus zeigten sich von Anbeginn, und wenn einer mit offenen Augen herumging, konnte alarmierender Warnungszeichen gewahr werden. Es waren in gleicher Weise merklich der Leipziger Prozess, die Kristallnacht, die KZ Lager und die Nacht der langen Messer. Auch in Ungarn gab es Leute, die mit offenen Augen herumgingen, die die Vorgänge nicht unter dem eingeengten Gesichtspunkt des gegenrevolutionären Regimes und des Irredentismus betrachteten. Sie warnten vor der äusserst gefährlichen Einführung des Faschismus deutschen Musters, was die enge Partnerschaft mit Hitler in sich barg; sie wiesen darauf hin, dass die Gebietsgewinne mit dergleichzeitigen Einbusse der eigenen Souveränität dem Lande teuer zu stehen kommen werden. Aber die verünftigen Worte wurden von den Stentorrufen: „Alles zurück!“ übertönt. Die so entstandene Lage brachte mit sich, dass die zu den Entscheidungen berufenen Politiker nunmehr mit den angefachten nationalen Leidenschaften zu rechnen hatten. Nach anderthalb Jahrzehnt hemmungsloser Revisionspropaganda konnte man der sich anbietenden Gelegenheit nicht ausweichen. Eine solche Absicht stand den Politikern des gegenrevolutionären Systems fern. Ein Teil dieser Politiker nahm nicht einmal Erwägungen vor; diese sympathisierten mit dem Nazismus und glaubten blind an die Zukunft der „Neuen Ordnung“. Aus der Reihe dieser Politiker kam Julius Gömbös, Ministerpräsident dieser Jahre, der als erster unter den europäischen Ministerpräsidenten Hitler einen amtlichen Besuch abstattete. Jedoch ein grosser Teil der ungarischen Politiker hegte gegen Kooperation mit den Nazis Bedenken und verhielt sich nicht vorbehaltlos gegenüber dem Hitler-Regime, immer hin im Besitz angeblich entsprechender Stichblätter traute der Möglichkeit von der deutschen Allianz ohne grosses Risiko in Kauf zu nehmen profitieren zu können. Eine Basis der ungarischen Aussenpolitik stellte Italien dar. Diese Macht interessierte sich für das Donaubecken und — wie schon erwähnt — schloss ein Bündnis mit Ungarn. Eine weitere italienische Orientation schien zu Parierung einer einseitigen Bindung an Deutschland geeignet zu sein, machte sogar das Halten des Gleichgewichts zwischen Rom und Berlin in ihrer Rivalität gewissermassen möglich. Gleichzeitig mit der gesteigerten Rüstung des Landes nahm auch



das Selbstvertrauen zu und den angsterfüllten Nachbarn gegenüber konnte ein selbstständiges ungarisches militärisches Auftreten gewisse Chancen haben. Schliesslich war noch England da; man konnte ungarischerseits dem Verständnis und der Billigung des Insellandes so wie so trauen. Für die Engländer war die Revision prinzipiell immer annehmbar und das Bestehen eines erstarkten konservativen Ungarns, das den Deutschen nur mässig nachgibt und die Verbreitung sowohl des Nazismus, als auch des Bolschewismus in gleicher Weise hemmt, lief ihren machtpolitischen Interessen nicht zuwider. Freilich gibt es in der Politik immer mehr Intuition als Bewusstheit und auch diesmal setzten sich die Vermutungen nur in der aktuellen Politik in die Tat um, bis sie sich zu einem zielbewussten Betragen verdichteten. Jedenfalls gestaltete sich eine angenommene aussenpolitische Tendenz aus, die die Hilfe der Deutschen zu der territorialen Revision für akzeptabel hielt, sogar diese reklamierte, aber auch mit den Gefahren rechnend nur ein partielles und beschränktes Zusammenwirken zulies, und auch das nur bis zu einer Grenze, wo die Wahrscheinlichkeit des Gewinnes jene des denkbaren Risikos noch überwog.

In den kritischen Jahren, wo Hitler schon nicht mehr plante, sondern handelte, stellte es sich nach und nach heraus, dass die ungarische Aussenpolitik mit ihren zwischenstaatlichen Beziehungen im Schatten Deutschlands ihr eigenes Spiel nicht spielen kann. Zuerst zeigte sich ihre Unfähigkeit zu lavigieren. In März 1938 kam es zur deutschen Annektierung Österreichs. Mussolini, der früher keinen deutschen Stahlhelm am Brenner erdulden wollte, hat jetzt dem Führer gratuliert, anstatt zu mobilisieren. Italien richtete die Augen auf das Mittelmeer und überliess das Donaubecken seinem Rivalen. Von da an war Rom ein stiller Mitwirkender an den dortigen deutschen Aktionen, anstatt Widerstand zu leisten. Die italienisch orientierte ungarische Aussenpolitik ist gänzlich gehaltlos geworden, auf Mussolini war kein Verlass mehr. Noch in demselben Jahre erlitten auch die ungarisch-englischen Beziehungen eine schwere Beeinträchtigung, oder ganz genau: die ungarischen Anstrengungen zur Erlangung der hochgeschätzten formellen westlichen Verpflichtungen blieben erfolglos, und zwar in jämmerlicher Weise. Es handelt sich um die tschechoslowakische Krise, die im Herbst 1938 ihren Gipfelpunkt erreichte, — mit ihren Auswirkungen auf Ungarn. Die ungarische Regierung mit der militärischen Überlegenheit der Tschechoslowakei, nicht weniger aber mit der voraussichtlichen Missbilligung des Westens rechnend, hütete sich vor einer Aggression, die die Deutschen forderten. Hitler zahlte die ungarische Weigerung damit heim, dass er Ungarns Forderungen von der Tagesordnung der Münchener Viermächtekonferenz strich. Schliesslich wurden die ungarischen Ansprüche durch das Wiener Schiedsgericht bewilligt, doch dieser Vertrag kam ohne englische und französische Unterzeichnung zustande. In kurzem zeigte sich auch die Unfähigkeit der Ungarn zu jeder selbstständigen aussenpolitischen Aktion. Die ungarische Regierung hat gleich nach dem Wiener Schiedsspruch entschlossen Karpato-Ruthenien mit selbstständigem bewaffnetem Vor-

gehen zu besetzen. Dieser Entschluss wurde von der Absicht neuere Gebietsgewinne zu erzielen, inspiriert, dabei spielte auch die Überlegung noch eine Rolle, wonach durch die Wiederherstellung der gemeinsamen ungarisch-polnischen Grenze der einseitige deutsche Einfluss in hohem Masse neutralisiert werden kann. Als aber die Ungarn von Berlin nachdrücklich zur Ruhe ermahnt wurden, und dazu leistete auch Rom Assistenz, liess der ungeduldige Tatendrang zu Budapest nach. Ein ähnliches Schauspiel wiederholte sich, und zwar mehrere Male, in der siebenbürgischen Frage Rumänien gegenüber. Die ungarische Regierung traf vom Sommer 1939 an grossangelegte militärische Vorbereitungen, doch ging ohne deutsche Zustimmung nicht in Angriff über; nebenbei bemerkt, der Ausgang dieses Angriffes war mindestens zweifelhaft. Andererseits, von der sich anbietenden günstigen Möglichkeit, die seit Herbst 1939 durch den sowjetisch-rumänischen Konflikt bestand, konnte und wollte man nicht Gebrauch machen. Eine Erklärung für diese Haltung finden wir in der englischen territorialen Garantie an Rumänien, aber es kam noch mehr in Betracht, dass, wie es die Regeln der gegenrevolutionären Systeme vorschreiben, eine Zusammenwirkung mit der Sowjetunion auch weiterhin ausgeschlossen war. Schliesslich fand das karpato-ruthenische und siebenbürgische Problem dieselbe Lösung, wie jenes von Oberungarn. In März 1939 konnten ungarische Truppen mit deutscher Genehmigung in Karpatho-Ruthenien einmarschieren und ein neuerer deutsch-italienischer Schiedsspruch im August 1940 Nord-Siebenbürgen den Ungarn zuwies. Die Gebundenheit an Deutschland, die aus den Gebietsgewinnen logisch folgte, wurde durch das richtige Vorgehen der ungarischen Regierung in Zusammenhang mit der deutschen Aggression auf Polen in September 1939 einigermaßen verringert. Ungarn blieb neutral, stellte sein Gebiet den Angreifern nicht zur Verfügung, gleichzeitig hielt einen Korridor für die flüchtenden polnischen Truppenteile offen. Damals wurde die ungarische Geste in London mit Genugtuung empfangen und das englische Verständnis, was man in Budapest so hoch schätzte, schien wieder gesichert zu sein. Doch hat die ungarische Aussenpolitik auch dieses letzte Stichblatt in kurzem verloren. Im März 1941 bereitete Hitler einen Angriff gegen Jugoslawien vor und forderte Aufmarschgebiet, sowie unmittelbare militärische Teilnahme vor Ungarn. In der ungarischen Hauptstadt wusste man, dass England die Erfüllung der ersten Forderung für Grund zur Abbrechung der diplomatischen Beziehungen, der zweiten aber für casus belli ansehen wird. Es war ein Dilemma ohne Ausweg; Ministerpräsident Paul Teleki beging Selbstmord. Seine Nachfolger haben Hitlers Forderungen erfüllt, Ungarn beteiligte sich an der Aggression. Die Engländer haben zwar den Krieg nicht erklärt, doch es bestand kein Zweifel, dass Ungarn sich durch den jugoslawischen Feldzug nunmehr Englands Feindseligkeit zugezogen hat.

Nach drei kritischen Jahren schien die aussenpolitische Bilanz des gegenrevolutionären Ungars in gewisser Hinsicht ausserordentlich günstig zu sein. Die Nachkriegsregelung durch die Siegermächte, sowie die Einkreisung durch die Kleine Entente gehörten nunmehr der Vergangen-



heit. Das Gebiet des Landes wurde ohne viel Blut und materielles Opfer beträchtlich vergrößert, die Honvédarmee stationierte grösstenteils auf der langen tausendjährigen Grenzlinie. Doch in der anderen Waagschale befanden sich noch schwerer wiegende Lastposten. Das Endergebnis der Bilanz war unleugbar negativ, auch wenn der Nationalismus von den Gebietsgewinnen betäubt davon nicht Kenntnis nehmen wollte. Die ursprüngliche Zielsetzung der Aussenpolitik des gegenrevolutionären Regimes bildete die Vermehrung der Gebiete, die jedoch eine einseitige Bindung an Deutschland nicht in Kauf nimmt und die Beibehaltung der Gewinne auf alle mögliche Fälle sichert. Immerhin die Hast, der Unbestand und die Energielosigkeit, die es auf den Tag legte, führten dazu, dass es alle seine vermeintliche und reale Positionen — eine nach der anderen — verlor und keine Alternative für die Zukunft mehr hatte. Das vergrößerte Ungarn war im Sommer 1941 nur eine Provinz, die Hitler-Deutschland preisgegeben war, aller Möglichkeit beraubt, sein eigenes Schicksal zu bestimmen. In dieser Situation war von einem souveränen Staat nicht mehr die Rede. An seinen Grenzen standen drohend Hitlers Verbündeten: die Slowakei, Rumänien und Kroatien, mit der Waffe in der Hand. Diese Länder überboten Ungarns Leistungen im Dienste Deutschlands und aus dieser Position aus reklamierten ihre abgetrennte Gebiete. Auf Ungarns Landstrassen und Eisenbahnen sausten dahin die Fahrzeuge der Wehrmacht. Beschlüsse in Sache der ungarischen Aussenpolitik wurden allmählich nicht mehr in der Burg von Buda, sondern auf der Budapester deutschen Gesandtschaft gefasst, Ungarn verlor infolge der verfehlten Politik der Leiter seines Regimes die Möglichkeit Herr seines eigenen Willens zu bleiben. Die kurzsichtige Politik war die Sünde des Horthy-Regimes, aber die Folgen musste das ganze Land tragen. Hitler-Deutschland hat im Juni 1941 einen Feldzug gegen die Sowjetunion begonnen. Ungarn schloss sich unter deutschem Druck der Aggression an und geriet in kurzem auch mit England und den Vereinigten Staaten in Kriegszustand. Für Ungarns Schicksal waren die Interessen und Lauen anderer bestimmend.